

Vortrag am 3.3.18 bei pax christi

ICAN, das UN-Atomwaffenverbot und der Friedensnobelpreis 2017

Ich heiße Ingeborg Oster, bin Allgemeinärztin und war fast 30 Jahre als Hausärztin im Hasenberg in München tätig. Seit 1984 bin ich Mitglied der IPPNW. Damals war die Friedensbewegung und unsere Münchner IPPNW-Gruppe stark. Sie hier im Raum waren wahrscheinlich alle in den 80er Jahren beim Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss und gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles dabei. Wir Ärztinnen und Ärzte warnten vor den Folgen eines Atomkriegs und den Gefahren der technischen Nutzung der Kernenergie für Menschen und Umwelt. Unser Motto: „Wir werden Euch nicht helfen können.“ Gegründet wurde die internationale IPPNW 1980 von je 3 US-amerikanischen und 3 sowjetischen Kardiologen mitten im kalten Krieg. 1983 entstand die BRD-Sektion der IPPNW. Für das Engagement, die humanitären Folgen eines Atomkriegs aufzuzeigen, erhielt die IPPNW 1985 den Friedensnobelpreis. Zur Verleihung des Friedensnobelpreises schumten die rechtskonservativen Kräfte. Die damalige deutsche Regierung Kohl war empört, dass eine „moskau-gesteuerte“ Organisation geehrt wurde. Heiner Geisler eiferte damals, dass IPPNW-Ärzte und ihre Preisverleiher Weltverschwrer gegen das christliche Abendland seien. Seiner Meinung nach hätten den nächsten Friedensnobelpreis Bundeswehr und NATO erhalten müssen. Die Gegner des Atomwaffenverbots werfen der Friedensbewegung auch heute eine Dämonisierung von Atomwaffen und eine Idealisierung einer nuklearwaffenfreien Welt vor. Sie behaupten, die Abschaffung von Atomwaffen würde den freien Westen schwächen. Die abschreckende Rolle von Atomwaffen sorgte ihrer Meinung nach bisher für stabile Beziehungen zwischen den Großmächten und erhalte weiter den Frieden. Die Friedensbewegung sieht das ganz anders. Atomwaffen sind kein Garant von Stabilität und Frieden. Gerade in Regionen, in denen sich Atomwaffenstaaten gegenüber stehen, bestehen die größten Gefahren für den Weltfrieden. Diese Beispiele kennen wir alle: Konfrontation Russland-USA in Osteuropa, atomares Sbelrasseln zwischen Indien und Pakistan, der Stellvertreterkrieg in Syrien, der Dauerkonflikt zwischen Nordkorea und USA. Die meisten Politiker glauben noch immer an die nukleare Abschreckungspolitik. Aber obwohl die Anzahl der Atomwaffen in den Arsenalen weltweit gesunken ist, steigt das Risiko ihres Einsatzes, ob versehentlich oder absichtlich. Im Januar 2018 haben wir alle vom Fehlalarm in Hawaii gehört, der 38 Min. andauert hat und leicht hätte eskalieren können. Im Februar 2018 stellte das US-Verteidigungsministerium seinen neuesten „Atomwaffenstatusbericht“ vor, in dem mit dem Einsatz von mini-nukes die Schwelle für den Einsatz von Kernwaffen gesenkt werden soll. Die Stationierung und Bereithaltung von kleineren und leichter einsetzbaren Kernwaffen (atomare Marschflugkrper und ballistische Raketen mit niedriger Sprengkraft auf U-Booten), damit auf Bedrohungen (auch nicht nukleare strategische Angriffe) wirksam reagiert werden kann. Vor ein paar Tagen hat Putin neue Atomwaffen angekündigt. Einen Marschflugkrper, der mit Nuklearenergie fliegen und mit Atomwaffen bestückt sein soll. Eine Rakete, die mit 10facher Schallgeschwindigkeit fliegen kann. Interkontinentalraketen, die Atomsprengkpfe tragen und gegnerische Abwehrsysteme überlisten können. Egal, ob Russland technisch dazu in der Lage ist, die atomare Rstungsspirale wird gerade weiter hochgedreht. Diese Kriegsplaner meinen bis heute, dass man einen Atomkrieg führen, kontrollieren und irgendwie gewinnen kann. Die neun Atomwaffenstaaten besitzen fast 15 000 Atomwaffen (Davon 6800 die USA, 7000 Russland). Davon werden 1800 in Alarmbereitschaft gehalten. Die meisten dieser Waffen haben eine zig-fach größere Sprengkraft als die Hiroshimabombe. Alle diese Länder modernisieren gerade ihre Massenvernichtungswaffen. Kommt es zu einem atomaren Angriff welcher Stärke auch

immer, muss mit einem Gegenschlag gerechnet werden. Bereits ein regional begrenzter Atomkrieg hätte katastrophale Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Umwelt und Klima. Der atomare Feuerball, die Druckwelle, der Feuersturm würde sofort Hunderttausende Tote und Verletzte fordern. Die radioaktive Strahlung würde kurz- und langfristig Millionen Menschen töten und schädigen. Der nukleare Winter (durch Rauch, Staub, Temperaturabfall, reduziertem Niederschlag, 10% weniger Sonnenlicht) würde, Flora, Fauna und das Meeresleben zerstören. Die darauffolgenden Hungersnöte würden Aufstände und Krieg um Ressourcen bewirken. Die Welt würde unbewohnbar.

Bereits 1970 trat der Atomwaffensperrvertrag in Kraft. Nach diesem durften nur China, Frankreich, GB, UdSSR und USA legal Atomwaffen entwickeln und erwerben. Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea besitzen Atomwaffen ohne Mitglieder des Atomwaffensperrvertrags zu sein. 189 Nicht-Atomwaffen-Staaten verzichteten damals auf Atomwaffen. Sie sollten im Gegenzug atomare Materialien, wissenschaftliches know how und Technologien zur zivilen Nutzung der Kernenergie erhalten. Der Atomwaffensperrvertrag enthält die Verpflichtung, alle Atomwaffen durch einen Ächtungsvertrag abzurüsten. Die Überprüfungskonferenzen, zuletzt erbrachten keinerlei Fortschritt zur Ächtung von Atomwaffen. Die Nichtatomwaffenstaaten waren dadurch sehr frustriert. ICAN als Kampagne entstand als Reaktion darauf und wandte sich zuerst an die Nichtatomwaffenstaaten, die deshalb für ihre Argumente offen waren. ICAN ist ein internationales Bündnis von NGOs, das sich für die Abschaffung aller Atomwaffen durch einen bindenden völkerrechtlichen Vertrag einsetzt. Die Idee entwickelte ein malaysischer IPPNW-Arzt nach dem Vorbild der Internationalen Kampagne gegen Landminen. 2007 wurde dann die ICAN-Kampagne in Melbourne von 2 australischen Ärzten gegründet. Das Internationale Rote Kreuz unterstützte die Kampagne von Anfang an. 2007 wurde dann das internationale ICAN-Büro nach Genf verlegt. 2017 gab es bereits 468 Mitgliedsorganisationen in 101 Ländern. ICAN stellt die katastrophalen Auswirkungen von Atomwaffen auf Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt der Kampagne. Die IPPNW hat sich von Beginn an mit den Folgen atomarer Strahlung beschäftigt und die humanitären Folgen nach Hiroshima, Nagasaki, später dann Tschernobyl, Fukushima, aber auch in der Nähe von Atomreaktoren wie Krümel erforscht. Sie arbeitete und arbeitet eng mit den Opfergruppen von Hiroshima und Nagasaki zusammen und konnte deshalb viel Expertise erwerben und in den Verhandlungsprozess einbringen. ICAN ist Koordinatorin der Zivilgesellschaft bei allen UN-Beratungen zur Ächtung von Atomwaffen, gibt den inhaltlichen Input zum Vertragstext und leistet Lobbyarbeit dafür bei den Staaten. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit mobilisiert sie gegen Atomwaffen und macht auf den gesellschaftlichen Widerstand gegen Atomwaffen aufmerksam. 2013 fanden in Oslo, 2014 Mexiko und Wien Staatenkonferenzen zu den humanitären Folgen von Nuklearwaffen statt. Die österreichische Regierung initiierte daraufhin zusammen mit 5 weiteren Staaten (Nigeria, Südafrika, Brasilien, Mexiko und Irland) in der UNO Verhandlungen zur Ächtung von Atomwaffen. Die Atomwaffenstaaten boykottierten zusammen mit den NATO-Staaten und anderen US-Alliierten den Ächtungsprozess. Trotz massiven Drucks von Seiten der USA-auch finanziellem Druck- konnte 2017 eine UN-Konferenz zur Verhandlung eines Atomwaffenverbots einberufen werden. Bei der Abstimmung im Juli 2017 stimmten 122 Staaten für einen Atomwaffenverbotsvertrag, alle 9 Atomwaffenstaaten, alle NATO-Mitglieder, auch Deutschland und auch Japan stimmten dagegen (39 nein, 16 Enthaltungen). Seit 20.9.17 liegt der Vertrag zur Unterschrift aus. 56 Staaten haben ihn bereits unterschrieben, 5 ratifiziert. Er tritt in Kraft, sobald er von 50 Staaten ratifiziert wurde. Es lohnt sich, das Abstimmungsverhalten einzelner Länder anzusehen. Die norwegische Regierung hat bis 2013 ICAN unterstützt, auch finanziell. Die neugewählte rechtskonservative Regierung beendete 2013 das finanzielle Engagement, nahm auch nicht an den Verhandlungen teil und stimmte im Juli 2017 dagegen. Österreich war einer der Initiatoren der Verhandlungen zusammen mit Brasilien, Mexiko, Nigeria, Südafrika und Irland und stimmte mit ja ab. Schweden hat an den Verhandlungen teilgenommen und mit ja gestimmt, obwohl es 2016 ein Gast-Abkommen mit der NATO

unterschrieben hat. Die niederländische IPPNW initiierte einen medizinischen Apell, den 100 bekannte Persönlichkeiten aus Gesundheitswesen und Wissenschaft unterschrieben und schloss ein Bündnis mit Rotem Kreuz, Kirchen, Bürgermeistern für den Frieden. Durch diesen gesellschaftlichen Druck hat die niederländische Regierung zwar an den Verhandlungen als einziger NATO-Staat teilgenommen, aber als einziger verhandelnder Staat mit nein abgestimmt. ICAN erhielt am 10.12.17 den Friedensnobelpreis für die bahnbrechende Arbeit, die internationale Aufmerksamkeit auf die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen zu lenken und ein vertragliches Verbot zu erwirken.

Zurück zum Inhalt des Vertrags: die Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, der Besitz, die Testung und der Einsatz von Atomwaffen verstoßen gegen das Völkerrecht. Das Konzept der atomaren Abschreckung ist Völkerrechtsbruch.

Wir alle wissen: durch die Ächtung von Atomwaffen allein wird kein einziger Atomsprengkopf verschwinden. Wir setzen auf eine langfristige Wirkung durch einen Paradigmenwechsel in der globalen Sicherheitspolitik. Hin zu zivilgesellschaftlichen und diplomatischen Lösungen von Konflikten. Dass eine Ächtung ein effektiver Schritt zur Abschaffung einer Waffengattung sein kann, zeigt die völkerrechtliche Ächtung von Streubomben. Ein Land nach dem anderen hat diese Waffen aus seinem Arsenal genommen. Sogar die USA werden auf sie verzichten müssen (beigetreten?), nachdem mit Textron Systems der letzte Hersteller deren Produktion aufgrund öffentlichen und finanziellen Drucks einstellen musste. Ähnliche Entwicklungen bei Landminen, Bio- und Chemiewaffen. Was die Abschaffung von Atomwaffen betrifft, gibt es seit Jahren reziproke Abrüstungsschritte zwischen Russland und USA, etablierte Vertragshüter wie die IAEO und praktikable, erprobte Verifikationsmechanismen. Unsere Arbeit wird sein Lobbyarbeit bei unserer neuen Regierung und den Herstellern von Atomwaffen zu leisten, die Öffentlichkeit aufklären und viele Unterstützer gewinnen.

Unsere Forderungen an die neue Bundesregierung:

Deutschland muss dem UN-Atomwaffenverbot beitreten

Die US-Atomwaffen müssen aus Büchel abgezogen werden (wie bereits 2010 im Bundestag beschlossen)

Bundeswehripiloten dürfen keinen Atomwaffeneinsatz trainieren.